

"Der Staat soll das Recht des Volkes auf eine ausgeglichene und gesunde Ökologie in Übereinstimmung mit Rhythmus und Harmonie der Natur schützen und fördern." (II, 16)

Scheinbar bezieht sich der Begriff "Natur" nicht nur auf Umweltfragen, denn im gleichen Artikel heißt es:

"Der Staat erkennt die Unverletzlichkeit des Familienlebens an und soll die Familie als grundlegende Institution schützen und stärken. Er soll gleichermaßen das Leben der Mutter und das Leben des Ungeborenen vom Zeitpunkt der Empfängnis an schützen." (II, 12)

"Die Ehe, als eine unverletzliche soziale Institution, ist die Grundlage der Familie und soll vom Staat gefördert und geschützt werden." (XV, 2)

Scheidung und Abtreibung werden also auch in Zukunft auf den Philippinen verboten sein, was zu heftigen Protesten des fortschrittlichen Teils der Frauenbewegung geführt hat. Kardinal Sin läßt grüßen. Ob man nun die Verfassung mag oder nicht, unter einer "ordentlichen" parlamentarisch politischen Entwicklung wird sie den Filipinos noch eine geraume Zeit erhalten bleiben. Innerhalb der nächsten fünf Jahre sind Änderun-

gen nicht erlaubt, danach nur, wenn vor dem Kongreß mit Dreiviertel-Mehrheit bzw. einer neuen Verfassungsgebenden Versammlung vorgeschlagen.

"Jede Änderung oder Revision der Verfassung ist nur gültig, wenn von der Stimmenmehrheit in einer Volksabstimmung gebilligt." (XVII, 4)

Frank Brassel

#### Ergänzende Literatur

Nelia Sancho: Are the Draft Charter Provision on Women and Family Pro-Women?, in: GABRIELA Women's Update, Vol. III No.1, January 1987, S.8-10, 16.

## Kommentar: Die Philippinen im Fadenkreuz der Weltpolitik



Admiral James Lyons, der Befehlshaber der US-Pazifikflotte hat die Situation nach dem Sturz des Ferdinand Marcos kurz angebunden mit dem Satz kommentiert: Die Philippinen seien jetzt "Amerikas Problem Nummer eins im westlichen Pazifik". Während internationaler Politiker und Wirtschaftskreise den Machtantritt Cory Aquinos lautstark begrüßen (Financial Times: Die Philippinen melden sich als Investitionsland zurück), geraten die amerikanischen Militärplaner in Sorge. Sie sehen Gefahr für die größten US-Stützpunkte im Ausland,

für Subic Bay und Clark Air Base, die ein Territorium von der Größe des Stadtstaates Hamburg ausmachen. Die sehr unterschiedlichen Reaktionen sind etwas verwirrend. Selten sieht die internationale Wirtschaft dort wachsende Stabilität, wo das US-Militär einen erzwungenen Abzug fürchtet. Ganz offensichtlich ist hier im Netzwerk wirtschaftlicher, politischer und militärischer Interessen einiges über Kreuz geraten.

Als im Februar 1987 die "Aquino-Verfassung" mit einer 75% Mehrheit angenommen wurde, hat sich dieses

Muster wiederholt: betonte Zustimmung aus Wirtschaftskreisen, betonte Skepsis beim US-Militär, enthält die Verfassung doch eine - wenn auch vage - Festlegung auf Nuklearwaffenfreiheit. Gibt es nun Anlegeverbote für US-Kriegsschiffe wie in Neuseeland?

Nein, versichert Aquinos Sekretär Arroyo sofort öffentlich, seine Regierung wolle nach Atomwaffen an Bord einfach nicht fragen.

Offenkundig wird zum einen durch diese Vorgänge, daß die US-Außenpolitik gegenüber den Philippinen

stark durch militärische Interessen bestimmt wird. Die absolute Summe amerikanischer Investitionen dort ist mit rund 1,3 Mrd. Dollar nicht besonders hoch. Und überhaupt kommt das Land unter ökonomischen Gesichtspunkten am Ende der ASEAN-Rangliste.

Deutlich wird aber zum anderen auch, daß wichtige Wirtschaftskreise die US-Stützpunkte auf den Philippinen nicht für unverzichtbar halten, daß sie sich im Einklang mit ihren Interessen andere Optionen vorstellen können.

Die geostrategische Bedeutung der Philippinen im Rahmen globaler US-Militärplanungen ist schnell beschrieben: Sie liegen im Zentrum einer Infrastrukturkette, die von der Beringsee im Norden über Japan und Australien bis in die Antarktis entlang der westlichen Küstenlinien des pazifischen Beckens verläuft. Zugleich stellen sie eine Drehscheibe für die US-Versorgungslinien vom Pazifik in den Indischen Ozean dar. Schließlich liegen sie nur 700 Meilen "vor" Vietnam, wo die Pazifikflotte der UdSSR über wichtige Versorgungseinrichtungen in Cam Ranh verfügt. Kein Zweifel also, daß die USA ihre Stützpunkte hier behalten wollen.

Das bedeutet jedoch nicht, daß sie keine anderen Optionen haben bzw. intensiv vorbereiten, für den Fall, daß der politische Preis für eine direkte Präsenz zu hoch würde. Es gibt militärische Ausweichmöglichkeiten, wenn auch mit Nachteilen.

Denkbar ist z.B. eine formelle Auflösung der Stützpunkte unter Beibehaltung regelmäßiger "Marinebesuche" in Subic Bay. Nach dem Muster des Abkommens mit Thailand vom letzten Jahr über den Aufbau eines logistischen Netzes von Waffen- und Munitionsdepots für regelmäßige gemeinsame Manöver im Land, könnte eine unverfänglichere Form der US-Präsenz gefunden werden. Wartungsverträge etwa mit Werften in Singapur und der Ausbau von Einrichtungen

in dem Teil Mikronesiens, der 1986 endgültig mit den USA assoziiert wurde, böten langfristigen Ersatz für Subic.

Michail Gorbatschow hat im Juli 1986 in seiner Wladiwostok-Rede über den Vorschlag zu einer pazifischen Sicherheitskonferenz ganz gezielt auf solche Möglichkeiten mit den Worten angespielt: "Wir schlagen vor, in Verhandlungen über die Reduzierung von Aktivitäten der Kriegsflotten im Pazifik, vor allem der mit Kernwaffen bestückten Schiffe, zu treten. (...) Wenn die USA auf Militärpräsenz, z.B. auf den Philippinen, verzichten würden, blieben wir nichts schuldig."

Rein militärisch gesehen ist für die sowjetische Pazifikflotte die Nutzung von Cam Ranh sehr viel schwerer ersetzbar als für die USA die Nutzung von Subic. Sie würde wieder stärker abhängig von den engen Wasserstraßen nach Wladiwostok, denn Alternativen sind keine in Sicht. Trotzdem wäre politisch eine Demilitarisierung der Region für die UdSSR eher ein Gewinn. Sie ist den USA hier drückend unterlegen.

All dies macht deutlich, daß die philippinische Politik stärker in das Kraftfeld der Großmacht Konkurrenz im pazifischen Raum gerät. Der Sturz von Marcos ist ja nur ein Aspekt gravierender Veränderungen in der internationalen Situation dieser Region.

Nach den spektakulären Umorientierungen Chinas zeichnet sich ein ähnlich krasser Umbruch in der Politik Vietnams ab. Unmittelbar nach dem Machtantritt Gorbatschows 1985 hatte die UdSSR ihre Südostasien-Diplomatie durch hochrangige Delegationsreisen reaktiviert. Die Wladiwostok-Vorschläge und die jüngste Reise von Außenminister Schewardnadse Anfang März dieses Jahres zeigen eine Intensivierung dieser Politik ebenso an, wie "auf der anderen Seite" Präsident Reagans Besuch beim ASEAN-Gipfel im vergangenen Jahr.

Die Auflösung der internationalen "Nachkriegskonstellation", die vor allem die drei Dekaden von 1945 bis 1975 beherrschte und die mit der US-Niederlage in Vietnam in ihr offenes Stadium eintrat, setzt sich gegenwärtig auf einer neuen Stufe fort. Nur vor diesem Hintergrund werden etwa die Erklärung des "Südpazifik-Forums" zur Atomwaffenfreien Zone und die ähnlichen Vorschläge Malaysias und Indonesiens für ASEAN voll verständlich. Und vor diesem Hintergrund ist die Politik der EG-Staaten, seit Ende der siebziger Jahre privilegierte Beziehungen zu ASEAN aufzubauen, zu sehen. Zu leicht wird hier vergessen, daß Frankreich als Nuklear- und Kolonialmacht im pazifischen Raum präsent ist.

Kurzum: dieser Teil des Pazifiks hat längst aufgehört, ein "amerikanischer See" zu sein. Die "Weltpolitik" führt hier gegenwärtig zu einer dynamischen Veränderung der internationalen Verhältnisse - und nicht unbedingt zugunsten der USA. Da bietet sich Raum für eine philippinische Außenpolitik, die ernsthaft Atomwaffenfreiheit, Stützpunktauflösung und Blockfreiheit anstrebt. Wenn der innenpolitische Druck auf die Regierung Aquino in dieser Hinsicht groß genug wird, liegt heute vieles im Bereich des Möglichen, was im Januar 1986 noch gänzlich unmöglich erschien.

Frithjof Schmidt



## Philippinische Parteien und Verbände im Überblick

**ATOM** (August Twenty-One Movement-Bewegung 21. August) benannt und entstanden nach dem Mord an Benigno Aquino, um mit friedlichen Mitteln Marcos zu stürzen. Unterstützt heute voll und ganz die Regierung, sieht sich als "Kraft der Mitte". Bekannte Mitglieder: Butz Aquino und Gesundheitsminister Bengzon.

**BANDILA** (Bayang Nagkaisa sa Diwa at Layunin - Volksvereinigung für Glauben und Ziele) gegründet im April 1985 auf Initiative von Butz Aquino, dem Schwager Corys. Für sie aktiv im Wahlkampf 1986 und bei "People Power", heute regierungsnah. "Sozialdemokratisch" (Socdems), starker Einfluß des Jesuiten-Ordens.

**BAYAN** (Bagong Alyansang Makabayan - Neue Patriotische Koalition) gegründet im März 1985 als Bündnis zwischen nationalen und liberalen Demokraten. Über 1.000 Mitgliedsorganisationen, darunter die Gewerkschaftsbewegung KMU, der Bauernverband KMP und die Liga der philippinischen Studenten (LFS) als die bedeutendsten. Seit dem Wahlboykott von 1986 an Einfluß verloren.